



DAS BUND-JAHR IN NRW

Jahresbericht 2022

Bund für
Umwelt und
Nahverkehr
Deutschland
e.V. (BUND)

 **BUND**

FRIENDS OF THE EARTH GERMANY



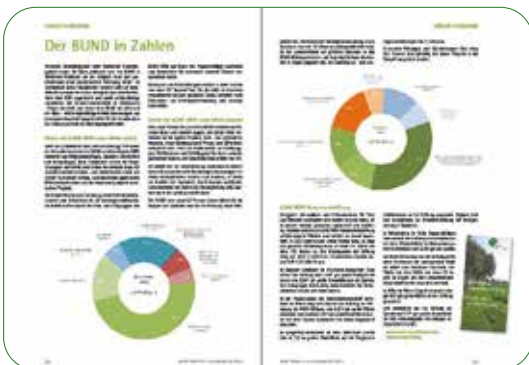
Einsatz für die Verkehrswende

S. 5



Aktiv für die Natur

S. 10



Unsere Finanzen

S. 22

Inhalt

VORWORT	3
KLIMA UND ENERGIE	4
Verkehrswende jetzt!	5
Streit um Lützerath	7
Die Kraft der Sonne sinnvoll nutzen	8
Hürden für Windräder beseitigen	8
Keine Kohle für Putins Krieg	9
Im Bündnis sind wir stärker	9
NATUR- UND ARTENSCHUTZ	10
Spurensuche Gartenschläfer	11
Alles für die (Wild)Katz	11
Hilfe für den Wolf	11
Gerettete Aue	12
Schmetterling des Jahres	13
BUND-Landpartie	13
Projekt Laurentiuswiese	14
Wende beim Wohnungsbau	15
GEWÄSSERSCHUTZ	16
Ökologischer Hochwasserschutz	17
Umsetzung der Nitratrichtlinie	17
EU-Recht einhalten	18
Kleine Wasserkraft	18
LANDTAGSWAHL 2022	19
UNSER VERBAND	20
Basisdemokratisch, unabhängig	21
Der BUND in Zahlen	22
BUND NRW Naturschutzstiftung	23
Gruppen werben Mitglieder	24
Anwalt der Natur	25
BUNDzentren in NRW	26
Danksagung, Impressum	27

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Freundinnen und Freunde,

ich freue mich, Ihnen hiermit unseren bun(d)ten Rückblick auf das Jahr 2022 präsentieren zu dürfen. Er spiegelt in beeindruckender Weise wider, wie vielseitig und erfolgreich der BUND auf Landesebene, mit seinen Arbeitskreisen, Orts-, Kreis- und Regionalgruppen sowie mit seinen BUND-Zentren unterwegs ist. Ob Verkehrswende, naturverträgliche Energiewende oder der Schutz unserer biologischen Vielfalt – der BUND ist Motor, wenn es darum geht, unser Land Stück für Stück lebenswerter zu gestalten.

Wie notwendig unsere Arbeit ist, wurde auch im Jahre 2022 wieder überdeutlich. Noch von den Folgen der Pandemie gezeichnet, erschütterte uns der Angriffskrieg Putins auf die Ukraine. Es steht in keinem Verhältnis zu dem Leid, dass so viele Menschen im Südosten Europas erfahren, aber es wurde eben auch erkennbar, welche fatalen Folgen es haben kann, sich von totalitären Staaten abhängig zu machen und nicht auf erneuerbare Energien zu setzen. Mit dem Kampf gegen Datteln IV, dem erfolgreichen Einsatz für den Kohleausstieg Nordrhein-Westfalens in 2030 oder mit unseren dezidierten Handreichungen für naturverträgliche Standards beim Ausbau von Windenergie- und Photovoltaikanlagen konnten wir auch im vergangenen Jahr wieder einen Beitrag dazu leisten, dass unser Land absehbar auf eine nachhaltige Zukunft zusteuern kann.

Anstatt sich endlich von der Auto-Vorrang-Politik der vergangenen Jahrzehnte zu verabschieden und die Mittel für die Aufwertung nachhaltiger Verkehrsträger sowie die Sanierung der vorhandenen Infrastruktur einzusetzen, forciert der Bundesverkehrsminister den völlig sinnfreien Ausbau des ohnehin schon dichten Straßennetzes. An zahlreichen Stellen im Lande ist der BUND seit Jahrzehnten unterwegs, die notwendige Mobilitätswende mit ihren besseren Alternativen zu bewerben – gegen einen weiter ausufernden Flächenverbrauch und für die Einhaltung des Pariser Klimaschutzabkommens.

Dies alles war und ist nur möglich mit der großen und wachsenden Zahl von Menschen, die bei uns Mitglied sind oder uns spenden. Ihre Beiträge sind unsere finan-



zielle Basis, auf institutionelle Förderung und Spenden von Großunternehmen verzichten wir bewusst. Denn damit gewährleisten wir wie kein anderer Umweltverband unsere Unabhängigkeit von Politik und Wirtschaft.

Ich danke allen Mitgliedern, Spendenden und Mitarbeiter*innen! Sie alle haben dafür gesorgt, dass dieser Jahresbericht wieder eine Erfolgsbilanz geworden ist.

Herzlichst, Ihr

A handwritten signature in blue ink that reads "Holger Sticht". The signature is fluid and cursive.

Holger Sticht
BUND-Landesvorsitzender



© Alexander Franz, Nick Jaussi, BUND Oberhausen

Verkehrswende jetzt!

Das überörtliche Straßenverkehrsnetz in NRW hat eine Länge von fast 30.000 Kilometern, davon 2.260 Kilometer an Autobahnen. Allein 10,5 Millionen Pkw sind in unserem Bundesland zugelassen – Tendenz steigend. Auch die Güterverkehrsmengen steigen stetig. Das Ergebnis: Der Verkehrssektor ist mit dem Ausstoß von circa 30 Millionen Jahrestonnen Kohlendioxid für 15 Prozent unserer Treibhausgasemissionen verantwortlich und bleibt damit eines der großen Sorgenkinder beim Klimaschutz.

Trotzdem werden immer mehr Straßen geplant und gebaut. Das zerstört Natur, sorgt für eine zunehmende Flächenversiegelung und bindet Gelder, die wir dringend für den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs (ÖPNV) sowie den Rad- und Schienenverkehr bräuchten. Gegen diese Auto-Vorrang-Politik kämpft der BUND seit vielen Jahren.

Demo am 8. Mai

Eine Woche vor der Landtagswahl hat der BUND zusammen mit einem breiten Bündnis von Umwelt- und Verkehrsverbänden den Druck auf die Landesregierung erhöht. Mehr als 5.000 Menschen beteiligten sich an der Demonstration vor dem Landtag in Düsseldorf. ADFC, Attac, BUND, Campact, FUSS e.V., Greenpeace, RADKOMM und VCD forderten bei ihrer Kundgebung mehr Platz für Rad- und Fußwege und eine zuverlässige, gut getaktete und bezahlbare Mobilität in Bus und Bahn. Mit Blick auf den Umwelt- und Klimaschutz verlangten sie einen sofortigen Bau- und Planungsstopp für neue Landes- und Bundesfernstraßen für den Autoverkehr.

Bereits am frühen Morgen hatten sich tausende Radfahrende aus NRW auf mehr als 20 Zubringer Routen in Richtung Landeshauptstadt aufgemacht. Am Mittag startete am Düsseldorfer Hauptbahnhof eine bunte Fuß-

demonstration. Die Radstafetten mit einer Gesamtlänge von mehr als 350 Kilometer näherten sich sternförmig der Landeshauptstadt und vereinten sich kurz vor der Landtagswiese mit der Fußdemo.

Nach der Kundgebung starteten die Teilnehmenden zu einer 18 Kilometer langen Fahrraddemo durch die Landeshauptstadt.

Sterki bleibt!

Der Sterkrader Wald in Oberhausen steht stellvertretend für die verpasste Verkehrspolitik in Deutschland. Immer wieder müssen wichtige Wälder und ökologisch wertvolle Flächen neuen Aus- und Neubauphantasien weichen, die eine ewig gestrige Verkehrspolitik darstellen. 11 Hektar wertvollen Waldes sollen für den Ausbau des Autobahnkreuzes Oberhausen (A2/A3/A516) fallen. Dabei gehört Oberhausen zu den waldärmsten Kommunen in Nordrhein-Westfalen.

Die BUND Kreisgruppe Oberhausen ist immer mit dabei, wenn es darum geht, für den Erhalt des Sterkis zu kämpfen. Zahlreiche Waldspaziergänge mit prominenter Unterstützung fanden in 2022 in Oberhausen statt. Unter anderem mit Sven Plöger, der sich für den Erhalt des Sterkis stark machte. Fast monatlich begrüßt der Wald Gäste, die sich für seinen Erhalt interessieren und einsetzen. Zudem fanden diverse Aufklärungsabende und Projektwochen rund um die ökologische Funktion und die Bedeutung des Waldes statt. Auch wenn ein kommunalpolitischer Antrag zum Stopp der Planung scheiterte, wächst das Bündnis „Sterki bleibt“ stetig. Und das ist ein wichtiges Zeichen an die Politik. Es geht hier um viel mehr als um ein „paar“ Bäume – es geht um eine Kehrtwende in der Verkehrspolitik und den Verzicht auf flächenvernichtende Neubauprojekte, damit wir endlich unsere Klimaziele endlich erreichen.





Das Brückendesaster

Jahrzehntelang wurde die NRW-Verkehrsinfrastruktur auf Verschleiß gefahren. Mindestens 30 Prozent aller Brücken in NRW gelten als sanierungsbedürftig. Doch anstatt die vorhandenen Kapazitäten und Mittel konsequent in den Unterhalt und Ersatz der bestehenden Brücken und Autobahnen zu stecken, werden nach wie vor klima- und umweltschädliche Neubauprojekte wie die A 46 im Sauerland vorangetrieben.

Unter dieser falschen Prioritätensetzung leiden Mensch und Natur, zum Beispiel in Lüdenscheid. Seit der Vollsperrung der maroden Rahmedetalbrücke der A 45 im Dezember 2021 herrscht in Lüdenscheid und Umgebung der Ausnahmezustand: LKW donnern durch kleine Ortschaften, an Schlaf ist kaum zu denken, Ausweichverkehre belasten die Umwelt. Niemand stellt deshalb einen Ersatzbau für die bröselnde Brücke in Frage. Sie zeigt aber exemplarisch das allgemeine Dilemma auf. In den 60er-Jahren gebaut, war sie ursprünglich für deutlich weniger Fahrzeuge ausgelegt, als sie heute nutzen. Dass die Brücke ersetzt werden muss, ist zudem seit mindestens 10 Jahren bekannt. Passiert ist - nichts.

Doch die Planenden haben keinen 1:1-Ersatz im Sinn, sondern die Brücke soll auf sechs Fahrspuren erweitert werden. Trotz dieser Erweite-



rung und potenziell höherer Umwelt- und Klimabelastungen wird auf eine formelle Bürgerbeteiligung und andere gesetzlich vorgeschriebene Umweltstandards verzichtet. Dieses Modell vereinfachter Verfahren sorgt für mehr Rechtsunsicherheit und bringt keinen Zeitgewinn. Trotzdem soll es auf viele weitere Brückenersatzbauwerke angewandt werden.

Dagegen wehrt sich der BUND und hat im September 2022 Klage eingereicht. Sie richtet sich gegen die A45-Talbrücke Büschergrund bei Siegen. Jetzt müssen die Gerichte erklären, inwieweit der Verzicht auf ein Planfeststellungsverfahren mit integrierter Umweltverträglichkeitsprüfung bei solchen Brückenerweiterungsbauten zulässig ist.

Letztendlich brauchen wir aber eine Neuausrichtung der Mobilität. Der BUND arbeitet deshalb an einem klimagerechten Mobilitätskonzept für Südwestfalen und diskutiert dieses mit Politik, Kommunen und Wirtschaft in der Region. Die Stärkung des Schienenverkehrs spielt dabei eine zentrale Rolle.

Diskussion um ICE-Trasse

Für den BUND ist die Verkehrsverlagerung auf die Schiene ein unverzichtbarer Baustein für die Verkehrswende. Dazu muss endlich die jahrelange Vernachlässigung der Schieneninfrastruktur beendet werden. Doch gut gemeint ist nicht immer gut gemacht. Das zeigt das Beispiel der ICE-Trasse Hannover-Bielefeld.

Im Sinne des Deutschland-Taktes, der alle zentralen Knotenpunkte der Bundesrepublik innerhalb von 30 Minuten verbinden soll, ist ein Neubau dieser Strecke geplant. Der BUND kämpft zusammen mit einem breiten Bündnis aus Naturschutzverbänden und Initiativen der Länder Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen gegen die neue Trasse. Der Grund: es gibt bereits eine bestehende Trasse, deren Leistungsfähigkeit durch eine Sanierung deutlich erhöht werden könnte. Ein Neubau durch unberührte Landschaften ist damit überflüssig.

Die neue Höchstgeschwindigkeitstrasse aus Beton würde je nach Planungsvariante 14 Tunnelbauwerke und bis zu acht Viadukte nach sich ziehen. Solche ressourcenintensive Maßnahmen sind in Zeiten des Klimawandels nicht zeitgemäß. Dieser massive Eingriff hätte gegen-

über der Ertüchtigung der Bestandsstrecke zudem lediglich einen Zeitgewinn von 10 Minuten zur Folge.

Der BUND wird sich deshalb auch weiterhin dafür einsetzen, dass die Verkehrswende nicht nur klima-, sondern auch naturverträglich erfolgt.

www.bund-nrw.de/mobilität



© Jörg Farys, dlc-projektoren

Streit um Lützerath

Nach einem historischen Tiefststand in 2020 steigen die Treibhausgasemissionen aus rheinischen Braunkohlentagebaukraftwerken seitdem wieder an. Mit dem Ausstoß von 59 Millionen Tonnen Kohlendioxid waren diese Kohlezeiger in 2022 unangefochten negativer Spitzenreiter in Deutschland. Sie sind damit auch für fast 30 Prozent aller CO₂-Emissionen NRW verantwortlich. Die Einhaltung der 1,5 Grad-Grenze aus dem Pariser Klimaabkommen erscheint ohne konsequentes Umsteuern illusorisch.

Kohleausstieg 2030 kommt

Mit Aktionen, Protesten, vor Gericht und mit hartnäckiger Lobbyarbeit kämpft der BUND für ein schnelles Ende der Braunkohlegewinnung im Einklang mit den Klimazielen. Das Jahr 2022 war dabei von entscheidender Bedeutung. Mit dem Regierungswechsel vereinbarten die Koalitionäre von CDU und Grünen, den Kohleausstieg von 2038 auf 2030 vorzuziehen.

Das neue Ausstiegsdatum und die weitere Verkleinerung des Braunkohlentagebaus Garzweiler sind auch Erfolge der langjährigen BUND-Arbeit. Fünf weitere Dörfer wurden gerettet, 280 Millionen Tonnen klimaschädliche Braunkohle bleiben im Boden. Wermutstropfen dabei: Trotzdem soll bis 2030 noch deutlich mehr Kohle gefördert werden, als klimaverträglich wäre. Und die Ortschaft Lützerath wurde der Zerstörung preisgegeben.

Die Kritik an dem im stillen Kämmerlein zwischen dem Bund, dem Land NRW und RWE ausgehandelten „Braunkohlen-Deal“ war deshalb berechtigt. Dies auch, weil in Garzweiler noch ohne die Zerstörung Lützeraths genug Kohle für etliche Jahre liegt. Trotzdem erteilte die Wirtschaftsministerin eine neue Abbaugenehmigung.

Zum Jahresende eskalierte der Streit um Lützerath deshalb zusehends. Am 12. November protestierten 3.000 Menschen auf der vom BUND angemeldeten Demonstration. Dies sollte jedoch nur ein erster Vorgeschmack auf die folgenden Massenproteste im Januar 2023 sein.

www.bund-nrw.de/braunkohle



© Dirk Jansen

Die Kraft der Sonne sinnvoll nutzen

Die Sonne schickt uns über 10.000 Mal mehr Energie, als wir auf der Erde nutzen. Doch noch immer werden diese Potenziale in Nordrhein-Westfalen zu wenig genutzt. Insgesamt kommen die erneuerbaren Energien nur auf einen Anteil an der Stromerzeugung von unter 20 Prozent.

Dabei ließe sich über die Hälfte des gesamten Stromverbrauchs allein per Photovoltaik abdecken. Jährlich könnten wir so den Ausstoß von 40 Millionen Tonnen Kohlendioxid vermeiden. Die BUND-Devise lautet daher: Soviel Solaranlagen auf die Dächer wie möglich, soviel Freiflächen-PV-Anlagen wie nötig. Deshalb kämpft der BUND seit langem für eine Solarpflicht für Gebäude, Industriebauten und Parkplätze. Mit Erfolg: Der Koalitionsvertrag zwischen CDU und Grünen aus 2022 sieht eine solche vor. Im ersten Schritt soll es ab dem 1. Januar 2024 die solare Baupflicht bei neuen Gewerbebauten geben. Wohnhäuser – auch im Bestand – sollen später folgen.

Auch wenn der BUND vorrangig die Erschließung aller Potenziale der Dachflächen-PV fordert, können auch an infrastrukturell vorbelasteten Flächen wie entlang von Autobahnen, auf geeigneten Abtragungsgewässern oder Tagebaurestseen Solaranlagen naturschutzverträglich errichtet werden. Eine die Biodiversität fördernde Solarenergienutzung auf landwirtschaftlich intensiv genutzten Flächen wäre sogar ein Gewinn für den Natur- und Artenschutz. Dafür müssen aber die entsprechenden Restriktionen im Landesentwicklungsplan beseitigt und klare regionalplanerische Vorgaben verankert werden. Der BUND hat dazu Biodiversitätskriterien formuliert und setzt sich gegenüber der Landesregierung, im Landtag und im Austausch mit Branchenvertretern für deren Umsetzung ein.

www.bund-nrw.de/solarenergie



Hürden für Windräder beseitigen

Mit dem Regierungswechsel im Mai besteht die Hoffnung, dass die jahrelange Blockade des naturverträglichen Ausbaus der Windenergienutzung beendet wird. Denn wenn wir beim Klimaschutz voran kommen wollen, brauchen wir eine Vervielfachung des Ausbautempos. Auch müssen willkürliche Mindestabstände zu Wohngebieten gestrichen und eine intelligente Flächenplanung unter Berücksichtigung des Artenschutzes vorgelegt werden.

Der BUND setzt sich aber auch dafür ein, dass die Wirtschaftsforsten für den Bau von Windenergieanlagen stärker in Betracht gezogen werden. Denn nur so können wir ausreichend Flächen verfügbar machen, um die bundesrechtliche Vorgabe zur Ausweisung von 1,8 Prozent der Landesfläche als Windenergiebereiche zu erfüllen. Damit dies naturschutzverträglich erfolgt, hat der BUND ganz konkrete Anforderungen dafür formuliert und fordert eine entsprechende Verankerung im Landesentwicklungsplan.

Auch die aufgrund der falschen waldökologischen Bewirtschaftung im Verbund mit dem fortschreitenden Klimawandel rasant anwachsenden Dürreflächen bieten bisher ungenutzte Potenziale für die Windenergie. Von der Dürre und anschließendem Borkenkäferbefall sind fast ausschließlich Fichtenbestände betroffen. Mit der Errichtung von Windenergieanlagen auf solchen Dürreflächen ließen sich gleiche mehrere Ziele erreichen: Windenergie ist gut fürs Klima, und die betroffenen Waldbauern bekämen dadurch eine feste Einnahmequelle. Innerhalb der Nutzungsperiode durch Windenergieanlagen könnte durch natürliche Wiederbewaldung ohne Aufforsten eine neue, klimawandelresiliente und ökologisch wertvolle Waldgeneration nachwachsen. So wäre auch der Natur gedient.

www.bund-nrw.de/windenergie



© Dirk Jansen, ABO Wind

Keine Kohle für Putins Krieg

Gemeinsam mit deutschen und russischen Klimaschützer*innen hat der BUND am 2. April 2022 mit einer Demonstration vor dem Uniper-Steinkohlenkraftwerk Datteln 4 gegen den Import russischer Kohle für deutsche Kraftwerke protestiert.

In 2021 importierte Deutschland allein etwa 20 Millionen Tonnen russischer Kohle. Der Datteln 4-Betreiber Uniper gehörte dabei zu den größten Abnehmern. Der BUND forderte daher ein sofortiges Energie-Embargo. Der Import von Kohle, Öl und Gas aus Russland müsse sofort gestoppt werden. „Die Substitution eines fossilen Energieträgers durch einen anderen ist der falsche Weg. Stattdessen brauchen wir ein Notfallprogramm zum Ausbau erneuerbarer Energien“, so die Forderung.

Dass Uniper nach der Demo-Ankündigung verkündete, die Nutzung russischer Kohle entgegen vorheriger Bekundungen beendet zu haben, mag ein Erfolg sein. Allerdings ist die Lieferung aus Ersatz-Ländern wie Kolumbien oder Südafrika aus Sicht der Menschenrechte und der Umwelt nicht weniger problematisch.

Auf der Demonstration in Datteln sprach auch der Träger des Alternativen Nobelpreises 2021, Vladimir Sliviyak, Ko-Vorsitzender der russischen Umweltorganisation Ecodefense. Ecodefense fordert seit langem aus Klimaschutzgründen einen Importstopp für fossile Energien aus Russland und ist im sibirischen Kohlerevier Kuzbass zusammen mit örtlichen Initiativen aktiv. Die renommierte, unabhängige Umwelt-NGO wird aufgrund der intensiven Arbeit zu Kohle- und Atompolitik von der russischen Regierung als „ausländischer Agent“ gebrandmarkt.

Gebot der Stunde ist eine größere Energiesouveränität. Eine Stilllegung des Kraftwerks ist daher alternativlos.

www.bund-nrw.de/datteln

Im Bündnis sind wir stärker

Der BUND ist ein starker Verband. Aber gemeinsam mit anderen Akteuren werden wir noch stärker. Deshalb legen wir viel Wert auf Bündnisarbeit. Nur so könnten wir auch die vielen großen Demos - ob zur Verkehrswende oder im Kampf gegen die Braunkohle - stemmen. Ob Fridays for Future, Campact, Greenpeace, Klima-Allianz Deutschland, ADFC oder ‚Alle Dörfer bleiben‘: der enge Austausch, die Bündelung der Kapazitäten und das gemeinsame Auftreten machen uns noch stärker.

Eine besondere Rolle spielt auch der KlimaDiskurs.NRW. Der BUND gehörte vor zehn Jahren zu den Gründungsmitgliedern dieser bis heute einzigartigen gemeinsamen Plattform von Zivilgesellschaft, Kommunen, Industrie und Wissenschaft. Als „Lobby für gemeinsames Handeln“ versammelt der KlimaDiskurs.NRW ein breites Spektrum derjenigen, die den Klimaschutz in unserem Bundesland voran bringen und die Wirtschaft zukunftsfähig aufstellen wollen. Und die Botschaft kommt an: Allein zur zentralen Jahresveranstaltung, dem Klima.Forum, kommen regelmäßig mehrere hundert Vertreter*innen aus Wirtschaft, Gesellschaft und Politik. So hob auch Ministerpräsident Hendrik Wüst die wichtige Rolle des KlimaDiskurs.NRW hervor: „Wenn es ihn nicht schon gäbe, müsste man ihn erfinden.“

Insbesondere auch mit seinen Akteursinitiativen ‚Klimaschützen - Mobilität gestalten‘ und ‚ZukunftWasserstoff.NRW‘ sowie der Gebäudeallianz diskutiert der Verein Lösungsansätze und entwickelt gemeinsame Positionen. Die Arbeit hilft auch, das gegenseitige Verständnis zu vertiefen und so manches Vorurteil abzubauen. Denn eines ist klar: Der Schutz unseres Klimas ist eine Gemeinschaftsaufgabe von existenzieller Bedeutung und kann nur gelingen, wenn alle Akteure an einem Strang ziehen.

www.klimadiskurs-nrw.de

© Dirk Jansen, Andreas Endermann





© pixabay

Biologische Vielfalt erhalten

Der Verlust an biologischer Vielfalt ist dramatisch und bedroht zunehmend unserer aller Lebensgrundlagen. Der Anteil der gefährdeten oder bereits ausgestorbenen Arten liegt in NRW bei 46 Prozent, Tendenz steigend. Und das, obwohl von den etwa 43.000 bekannten Arten nur etwa 12.000 überhaupt für die Roten Listen berücksichtigt werden. Doch auch so liegt der Anteil der Rote-Liste-Arten beispielsweise von Orchideen bei 83 Prozent, von Reptilien bei 71 Prozent und Bienen bei 52 Prozent.

Doch trotz aller Mahnungen aus der Wissenschaft, schnellstens umzusteuern, sind wir in 2022 beim Thema ‚biologische Vielfalt‘ leider nicht voran gekommen. Auch ist das neue Regierungsprogramm deutlich zu wenig ambitioniert. Zwar soll es einen zweiten NRW-Nationalpark geben, der Naturschutzhaushalt soll verdoppelt und die Biodiversitätsstrategie fortgeschrieben werden. Doch die Umsetzung ist zu zögerlich. Auch fehlen klare Zielvorgaben für einen Biotopverbund und für ein Pestizidverbot in Naturschutzgebieten.

Umso wichtiger bleibt deshalb der Einsatz des ehrenamtlichen Naturschutzes. Mit seinen Natur- und Artenschutzprojekten leistet der BUND einen unverzichtbaren Beitrag, unsere Welt lebenswert zu gestalten.

Die „Spurensuche Gartenschläfer“ geht in die nächste Phase

Der Gartenschläfer ist eine heimische Tierart, war aber bislang kaum bekannt und erforscht. Seine Bestände in Europa und auch in Deutschland sind in den vergangenen Jahren drastisch zurückgegangen. Deshalb untersuchte das Projektteam des BUND, der Justus-Liebig-Universität Gießen und der Senckenberg Gesellschaft für Naturforschung alle denkbaren Ursachen: von der Genetik, möglichen Krankheiten und Fressfeinden, der Nahrung bis zu Lebensräumen und Klimaveränderungen.

Nach drei Jahren intensiver Forschung zeigt die „Spurensuche Gartenschläfer“ deutlich, wie wichtig die Stadt als Lebensraum für diesen kleinen Verwandten des Siebenschläfers ist. Bei uns in Nordrhein-Westfalen konnten wir vor allem in Köln, Bonn, Meckenheim, Rheinbach und Wachtberg, aber auch in Troisdorf, Sankt Augustin und Oberhausen kleine Gartenschläfer-Vorkommen nachweisen. In den Wäldern der Mittelgebirge, wie etwa den Gebirgen Westfalens, in denen der Gartenschläfer ursprünglich weit verbreitet war, kann dagegen gerade sein Aussterben beobachtet werden.

Allerdings, Städte allein bieten dem Gartenschläfer keine Perspektive. Rattengift und Pestizide setzen ihm arg zu. Hinzu kommt das Verdichten der Städte und der Ver-

lust von Stadtnatur, der seine Lebensräume schrumpfen lässt. Auch das Insektensterben trifft diese Art unmittelbar, denn Insekten sind eine ihrer Nahrungsgrundlagen.

Der BUND will mit der nächsten Phase des Projekts für den Gartenschläfer wieder Rückzugsräume und somit „Überlebensräume“ schaffen. Anhand der neu gewonnen Erkenntnisse der letzten Jahre werden jetzt passende Schutzaktionen entwickelt. So sollen Hecken gepflanzt, das Zulassen von verwilderten Flächen gefördert oder auch einfach Nistkästen angeboten werden. Städte, wie etwa Köln, planen schon konkrete Pflanzungen für den kleinen Bilch auf öffentlichen Flächen und Friedhöfen.

Vor allem aber gilt es, die Menschen noch stärker für den Natur- und Artenschutz zu bewegen: vom Balkonbesitzer bis zur Kleingärtnerin, vom Förster bis zur Obstbäuerin, von den Behörden bis zu den Gemeinden. Jeder kann dabei helfen: entweder im eigenen Garten oder bei der Kontrolle von Nistkästen und der Mithilfe bei Pflanzaktionen.

www.bund-nrw.de/gartenschlaefer

Alles für die (Wild-)Katz

Das Jahr 2022 brachte die Finanzierung von gleich zwei neuen Wildkatzenprojekten. Im September 2022 startete das von der Postcode Lotterie geförderte Projekt „Vorsicht Wildkatze“. In sieben Bundesländern, in denen die Wildkatze beheimatet ist, darunter auch NRW, wollen wir Katzen- und Naturliebhaber*innen über die Verwechslungsgefahr informieren. Wir geben Tipps, wie man sich bei einer Begegnung mit möglichen Wildkatzen richtig verhält und Tierärzt*innen, Tierheime und Wildtierauffangstationen unterstützt. Unsere Ziele:



© T. Pröhl, fokus-natur.de

NATUR & ARTENSCHUTZ

Weniger Wildkatzen in Menschenhand und optimale Versorgung fälschlich mitgenommener Jungkatzen. Seit Oktober 2022 läuft das Projekt „Wildkatzenwälder von morgen“. Endlich wieder ein Großprojekt, eine Kooperation von 10 Landesverbänden und dem Bundesverband, ein fast deutschlandweites Projekt. Es geht über sechs Jahre und wird durch das Bundesprogramm Biologische Vielfalt des Bundesamtes für Naturschutz und das NRW-Umweltministerium finanziert. Hierbei wollen wir in den Randbereichen der Wildkatzenvorkommen auf verschiedenste Arten die Wälder verbessern. Dabei liegt in NRW der Fokus auf den Bachtälern im Wald, da diese Wanderkorridore und Jagdgebiete darstellen.

Unsere Ziele: Die Ausbreitung der Wildkatze in ihren Randvorkommen fördern. Die Bachtäler in Wäldern aufwerten und dabei die Wasserqualitäten untersuchen.

Für beide Projekte sind wieder Vorträge, Aktionen und Monitoringprojekte zum Mitmachen und auch Exkursionen geplant. Macht mit und begeistert die Menschen für den Wildkatzenschutz und die Biodiversität im Wald!

www.bund-nrw.de/wildkatze

Hilfe für den Wolf

Der Wolf in Nordrhein-Westfalen breitet sich langsam wieder aus. So wurden im Jahr 2022 vier Wolfsgebiete gezählt, drei Rudel (wobei eines nach Belgien gerechnet wird) und insgesamt fünf Territorien, von Einzelwölfen bzw. den Rudeln dauerhaft besetzte Gebiete.

Im März 2022 haben der Bioland Landesverband NRW e.V. und der BUND ein gemeinsames Positionspapier zur Vereinbarkeit von Wolf und Weidewirtschaft erarbeitet. Dieses wurde dem NRW-Umweltministerium zuge-

schickt. Darin erkennen die beiden Organisationen an, dass die Rückkehr des Wolfes nach Deutschland eine Bereicherung für die Artenvielfalt darstellt. Weiterhin stehen die beiden Verbände ausdrücklich für die extensive Weidetierhaltung als besonders naturverträgliche Form der Landnutzung ein. Ihre Leistungen für Natur und Landschaft sind unersetzlich. Herausforderungen im Umgang mit dem großen Beutegreifer, die insbesondere die Haltung von Weidetieren betreffen, werden aber nach Ansicht der Verbände bisher nicht ausreichend politisch beantwortet. Neben diesem Positionspapier hat der BUND auch seine Einwände zur neuen Wolfverordnung in 2022 deutlich gemacht und auch die Hetzkampagne gegen den Wolf durch sachliche Pressemitteilungen bekämpft.

Das Themenfeld Wolf ist ein strittiges und hoch emotionales. Es sollte aber vor allem auf politischer und gesellschaftlicher Ebene diskutiert werden.

www.bund-nrw.de/wolf

Gerettete Aue

35 Jahre lang kämpfte der BUND als Teil einer örtlichen Aktionsgemeinschaft gegen den Ausbau des Godorfer Hafens in das benachbarte Naturschutzgebiet hinein – letztlich erfolgreich. Per Beschluss beerdigte der Rat der Stadt Köln das Projekt in 2021, kaufte das Gelände zurück und stellte es wieder unter Naturschutz. Der BUND legte im selben Jahr einen Renaturierungsplan auf und übernahm ab Herbst 2022 die ökologische Baubegleitung für dessen Umsetzung. Etwa 9 Hektar Offenlandhabitate wurden wiederhergestellt, 6 Hektar unterschiedlichste Gehölzinseln belassen und nachträglich eine Esel-Beweidung eingeführt – in guter Zusam-



© Stefan Eschweiler



Schmetterling des Jahres

Die BUND NRW Naturschutzstiftung und die Arbeitsgemeinschaft Rheinisch-Westfälischer Lepidopterologen e.V. haben den Kaisermantel (*Argynnis paphia*) zum Schmetterling des Jahres 2022 gekürt.

Der größte mitteleuropäische Perlmutterfalter ist zwar noch ungefährdet, doch seine Lebensräume werden immer kleiner. Der Kaisermantel führt uns vor Augen, wie wichtig gesunde und naturnahe Wälder sind. Vielerorts beobachten wir einen Rückgang der Falterpopulationen. Triste Fichtenmonokulturen sind nicht nur für den Schmetterling des Jahres ungeeignete Lebensräume. Hier stehen die Bäume häufig so eng, dass nur wenig Licht auf den Waldboden fällt und kaum Pflanzen wachsen. Der Kaisermantel ist jedoch auf Bodenbewuchs angewiesen. Für den auffälligen Falter ist naturnaher lichter Mischwald der ideale Lebensraum.

www.bund-nrw-naturschutzstiftung.de



© T. Laußmann

menarbeit mit dem städtischen Grünflächenamt. Der BUND übernimmt per Betreuungsvertrag fortan das Management für das „BUND-Reservat Sürther Aue“: Naturschutzmaßnahmen, Weidemanagement, Monitoring, Erholungslenkung und Umweltbildung zählen zu den Aufgaben.

Die Esel sollen die Lücke schließen, welche die im Mittelalter ausgerotteten Wildpferde über Jahrtausende hinweg ausfüllten: Verbiss, Huftritt, Staubbaden und Kot sorgen für die dynamische Wiederherstellung natürlicher Requisiten und den Wiederaufbau heute selten gewordener Nahrungsnetze. Gleichzeitig sind die zotigen Vierbeiner als Sympathieträger ideale Botschafter für den Schutz unserer biologischen Vielfalt. Stark gefährdete Arten wie Flussregenpfeifer, Westliche Beißschrecke oder Aufrechter Ziest, die durch fehlenden Naturschutz verschwunden waren, haben nun wieder eine Chance.

www.bund-köln.de

BUND-Landpartie – raus in die Praxis

Hitze, Dürre, Hagelschlag – was bedeuten die zunehmenden Extremwetterlagen für Landwirtschaft und Gartenbau? Wie reagieren Betriebe bei Anbaumethoden, Sortenwahl und Pflanzenschutz auf die einschneidenden Veränderungen? Wie steht es um die Umweltverträglichkeit des Intensivobstanbaus? Was sind Alternativen zu den großräumigen, strukturarmen Anbauflächen, zu Folien und Folientunnel? Wie gehen Erzeuger*innen mit dem enormen Preisdruck des Lebensmitteleinzelhandels um? Welche Auswirkungen hat der Krieg gegen die Ukraine auch auf die Landwirtschaft hierzulande? Der BUND suchte auch in 2022 aktiv den Austausch mit der Landwirtschaft – nicht allein mit Verbänden, sondern auch mit der Praxis, also Bäuer*innen in NRW, die in ihren Betrieben Tiere halten, Obst und Gemüse erzeugen oder Getreide und Kartoffeln anbauen, mit ökologisch ebenso wie mit konventionell arbeitenden Landwirten. Unser Dank gilt allen Landwirt*innen, bei denen wir zu Gast sein durften!

www.bund-nrw.de/landwirtschaft

© Holger Stricht, Ralf Bilke





Angewandter Naturschutz:
Die Laurentiuswiese – ein Projekt der
BUND Ortsgruppe Ostvest

© Thomas Krämerkämper (2), Dirk Jansen

BUND-Projekt: Vom Acker zur Wiese

Seit 2022 betreibt die BUND Ortsgruppe Ostvest der Kreisgruppe Recklinghausen ein Naturschutzprojekt auf insgesamt 17,5 Hektar Fläche des Wasserstraßen- und Schifffahrtsamtes Westdeutsche Kanäle, dessen Ausschreibung die BUND Ortsgruppe gewonnen hat. Davon sind rund 12 Hektar ein ehemaliges Spülfeld mit artenreicher Sukzession, auf dem vom BUND u.a. fünf Orchideenarten (Zweiblatt, Breitblättrige Stendelwurz, Geflecktes Knabenkraut, Bienen-Ragwurz, Pyramidenorchis) mit hunderten Exemplaren entdeckt wurden.

Angrenzend wurden rund 5,5 Hektar bis 2021 intensiv als Acker genutzt. Diese wurde von der BUND OG im Eiltempo in eine 550 m lange extensive Streuobstwiese umgewandelt. Dazu wurde der Acker zunächst mit Grünroggen zu Abmagerung eingesät. Anschließend wurde nach dessen Ernte im Mai eine Glatthaferwiese aus speziell hergestelltem Regiosaatgut angelegt. Die Wiese und Teile der Orchideenflächen sollen ab 2023 mit Rotem Höhenvieh beweidet werden. Hierfür musste die Wiese mit einem rund 1,4 km langen Weidezaun eingezäunt werden. Zusätzlich hat die BUND Ortsgruppe zu den Straßenseiten der Wiese eine 900 m lange Hecke aus insgesamt rund 4.500 Weißdornpflanzen gesetzt. Schließlich wurde die Wiese im Herbst 2022 zu einer Streuobstwiese, indem BUND-Aktive 306 Obstbäume alter Sorten gepflanzt haben. Zum Schutz vor dem Weidevieh werden die Obstbäume mit Vierböcken umgeben. Neben der weiteren Einrichtung der Beweidung steht für die Ortsgruppe zukünftig vor allem die Pflege der Fläche an. Innerhalb kürzester Zeit wurde der ehemals intensiv genutzte Acker nicht nur zu einem echten Hingucker und beliebten Fotomotiv der Hochzeitsgesellschaften in der benachbarten ältesten Kirche Waltrops, der Laurentiuskapelle, sondern auch zu einem sehr artenreichen Element alter Kulturlandschaft.

www.bund-recklinghausen.de



Wohnungsbau: Kein Weiter-so

Die Nutzung vor allem landwirtschaftlicher Böden als Bauland und Infrastruktur führt zu deren Versiegelung, der Zerschneidung größerer Gebiete und der Zerstörung des Lebensraums wildlebender Tier- und Pflanzenarten. Zunehmende Hitzesommer und Hochwasserfluten erfordern aber ausreichende Freiraumflächen als Wasserspeicher und Frischluftgebiete. Der Kampf gegen den Flächenfraß ist deshalb von entscheidender Bedeutung.

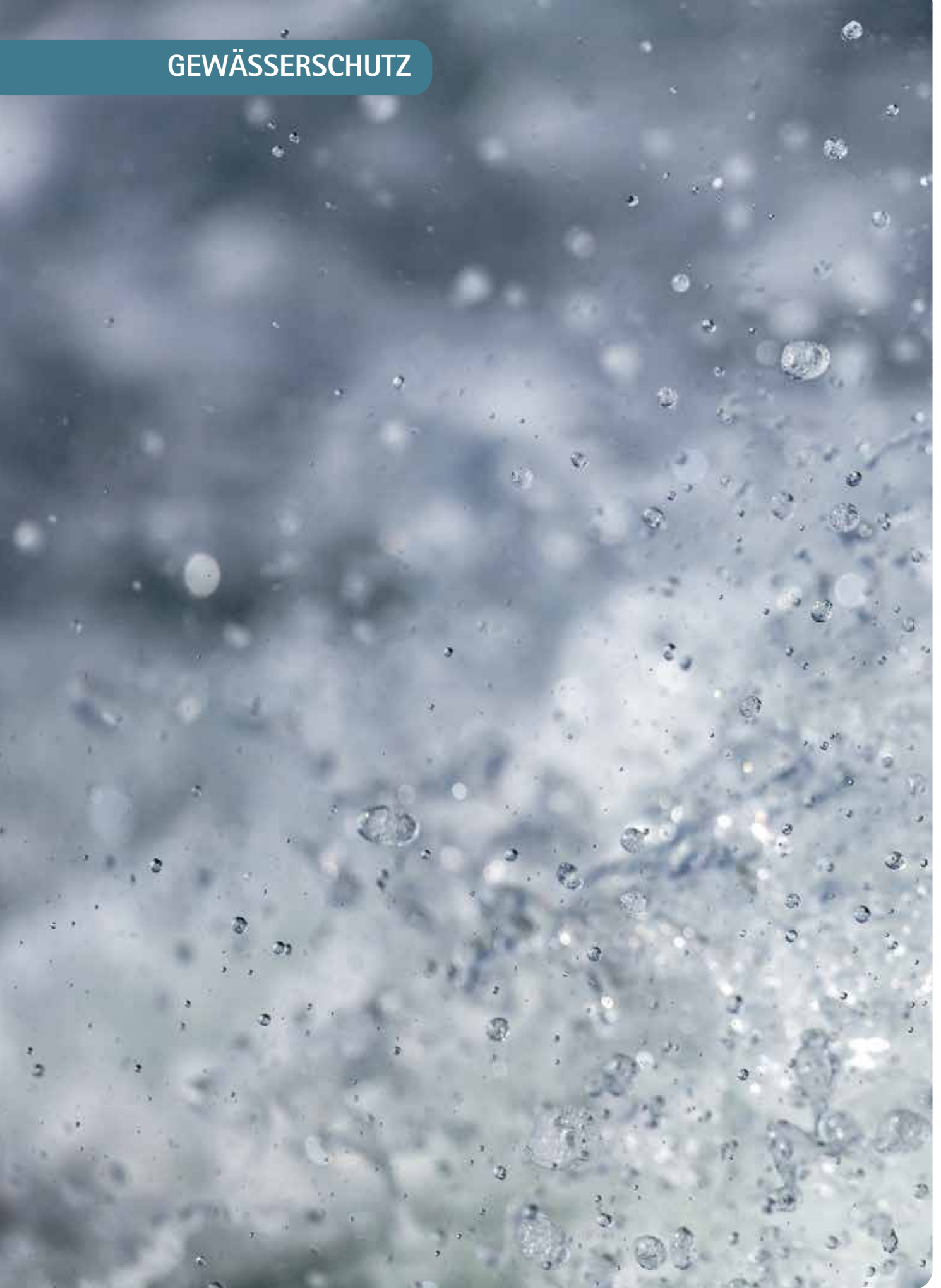
Trotzdem werden in NRW tagtäglich noch mehr als sechs Hektar freier Flächen allein für Siedlungen und Verkehr "verbraucht". Dabei sind sich Umweltschützer und Wissenschaft einig: Die Versiegelung unserer Landschaft muss auf Netto-Null heruntergefahren werden.

Dazu ist es auch nötig, den Siedlungsbau "auf der grünen Wiese" zu stoppen. Doch statt Vorgaben zur Nutzung von Innenraumpotenzialen und Konversionsflächen zu machen, wird auch in den neuen Regionalplänen der Bau weiterer Einfamilienhausgebiete für mehrere Jahrzehnte fortgeschrieben. Einfamilienhäuser benötigen aber doppelt so viel Grundfläche je Wohneinheit wie Wohnungen in Geschossgebäuden. Der Wohnungsneubau verbraucht zudem viel Sand und Kies. Ihr Abbau belastet die Natur, vor allem auch am Niederrhein, der unter großflächigen Abgrabungsvorhaben leidet. Die Zementherstellung ist zudem äußerst klimaschädlich. Daher sollten vorrangig vorhandene Gebäude saniert, umgebaut und der ungebremste Anstieg der Wohnfläche pro Nutzer*in verringert werden. Dazu brauchen wir eine kommunale Bodenbevorratungspolitik und eine stärkere Regulierung des Bodenmarkts.

Mit solchen Forderungen macht sich der BUND nicht immer beliebt. Wollen wir unser aller natürlicher Lebensgrundlagen erhalten, führt an einer solchen Wohnungsbauwende kein Weg vorbei.

www.bund-nrw.de/wohnungsbauwende





Gewässer wirksam schützen

Seit 2000 gelten in ganz Europa klare Vorgaben für den besseren Schutz unserer Gewässer. Trotzdem erreichen bislang nur knapp 9 Prozent unserer Seen, Flüsse und Grundwasserkörper den geforderten guten ökologischen Zustand. Ein Offenbarungseid. Der BUND nimmt das nicht hin und handelt selbst – mit beharrlicher Lobbyarbeit und – als letztem Mittel – ausgewählten Klagen.

Erfolg für ökologischen Hochwasserschutz

Spätestens nach den katastrophalen Verwüstungen unseres Landes durch die Starkregen und Überschwemmungen im Juli 2021 sollte allen klar sein, welche hohe Bedeutung der ökologische Hochwasserschutz hat. Dazu gehört auch, den Flüssen wieder mehr Raum zu geben. Davon profitiert auch die Ökologie, denn Auen sind ein wertvoller Lebensraum.

Trotzdem planten Stadt und Bezirksregierung Düsseldorf die Sanierung des alten Himmelgeister Rheindeiches, ohne die Möglichkeiten einer flussfernen Deichvariante zu wählen. Dabei könnten dadurch bis zu 113 Hektar zusätzliche Überschwemmungsflächen geschaffen werden. Der BUND sah in dem ergangenen Planfeststellungsbeschluss einen Verstoß gegen das EU-Recht und zog vor Gericht.

Mit Erfolg: Im Februar 2022 erklärte das Oberverwaltungsgericht in Münster den Neubau des Deiches auf der bestehenden Trasse für rechtswidrig. Das Urteil hebt besonders hervor, dass auch Hochwasserschutzplanungen die ökologischen Vorgaben aus der EU-Wasserrahmenrichtlinie beachten und umsetzen müssen. Eine Revision gegen das Urteil wurde nicht zugelassen. Trotzdem legte die Bezirksregierung Düsseldorf Beschwerde ein. Dieser

wird keine Aussicht auf Erfolg eingeräumt; sie führt nur zu unnötigen Verzögerungen beim ökologischen Hochwasserschutz.

Umsetzung der Nitratrichtlinie

Seit Dezember 1991 gilt die EU-Nitratrichtlinie zum Schutz der Gewässer vor Verunreinigung durch Nitrat aus landwirtschaftlichen Quellen. Zentrale Ziele sind der Schutz der menschlichen Gesundheit, des Grundwassers und der Oberflächengewässer. Alle Mitgliedstaaten sind verpflichtet, diese Vorgaben in nationales Recht um- und in der Praxis durchzusetzen. Trotzdem wurde jahrzehntelang durch unzureichende Regelungen gegen das EU-Recht verstoßen – auch zwischen Rhein und Weser.

Seit dem 1. Dezember 2022 gilt in NRW endlich eine neue Düngeverordnung. Gebiete, in denen die Nitratkonzentration im Grundwasser den Grenzwert von 50 mg/l überschreiten, werden als belastete ‚rote Gebiete‘ gekennzeichnet. Diese machen mit mehr als 500.000 Hektar rund ein Drittel der landwirtschaftlichen Fläche in Nordrhein-Westfalen aus. Hier gelten besondere Anforderungen, um die Nitratbelastung zu reduzieren.

Trotz einiger Defizite birgt die Neuregelung die Chance, den Eintrag von Nährstoffen in Gewässer und in Grundwasser einzudämmen. Auch angesichts massiv gestiegener Preise, insbesondere für chemisch-synthetische Düngemittel, muss ohnehin alles darangesetzt werden, die landwirtschaftliche Produktion umzubauen und dauerhaft und flächendeckend deren Einsatz deutlich zu senken. Dieser Prozess könnte nun beschleunigt und sollte durch gute Beratung von Landwirten unterstützt werden.

© Dirk Jansen, pixabay



EU-Recht einhalten: Der BUND zieht vor Gericht

Seit mehr als 20 Jahren gelten EU-weit strenge Vorgaben zum Schutz unserer Gewässer. Durch konkrete Maßnahmenprogramme sollten unsere Fließgewässer und das Grundwasser eigentlich bis 2015 einen guten ökologischen bzw. chemischen Zustand erreichen. Eine zeitliche Streckung bis 2027 sieht die EU-Richtlinie nur in gut begründeten Ausnahmefällen vor. Trotzdem erfüllen bis heute nur knapp 9 Prozent der Gewässer in NRW die Vorgaben, mindestens ein Viertel der Grundwasserkörper ist zu stark mit Nitrat belastet. Noch immer werden gigantische Mengen Grundwasser für Tagebaue und Industrie verschwendet – und das in Zeiten des Klimawandels und lang andauernden Dürreperioden.

Anstatt zu handeln setzten die Regierungen und Behörden auf Nichtstun und Verzögern. Da die Frist 2015 nicht eingehalten wurde, setzte man auf eine Verlängerung zur Erfüllung der Vorgaben. Jetzt ist 2027 das neue Zieldatum.

Doch auch das auf dieses Datum ausgerichtete Maßnahmenprogramm des Landes ist nach BUND-Analyse mangelhaft. Als dann Ende des Jahres 2022 die EU-Kommission dem BUND mitteilte, dass sie die umfassenden EU-Beschwerden der Umweltverbände zur unbefriedigenden Umsetzung des EU-Rechts vorerst nicht beantworten werde und stattdessen auf die Beschreibung des nationalen Rechtsweges verwies, legte der BUND beim Oberverwaltungsgericht in Münster Klage gegen das Land NRW ein.

www.bund-nrw.de/wasser



„Kleine Wasserkraft“: wenig Energieertrag, großer Schaden

Die „Kleine Wasserkraft“ – also Wasserkraftanlagen unter 1 Megawatt Leistung – ist höchst umstritten: Relativ geringen Energieerträgen stehen zumeist erhebliche Eingriffe in den Gewässerhaushalt gegenüber. Etwa 400 solcher Anlagen sind in Nordrhein-Westfalen in Betrieb, neue sind nicht ausgeschlossen. Der Klimaschutz und der Schutz der Biodiversität geraten damit zwangsläufig in Konflikt zueinander.

Zwar sind auch in NRW technische Potenziale zum Ausbau der Wasserkraftnutzung vorhanden, doch deren Erschließung verbietet sich häufig aufgrund wasserrechtlicher und ökologischer Vorgaben. Kleine Wasserkraftanlagen können zwar lokal einen wichtigen Beitrag zur Senkung der CO₂-Emissionen leisten, ohne Optimierungsmaßnahmen sind die bestehenden Anlagen aber häufig ein Hindernis und eine Gefahr für viele Fischarten. So wird die notwendige Durchgängigkeit der Fließgewässer gefährdet, auch wenn die Wasserkraftanlagen nur einen Bruchteil der etwa 11.000 bestehenden Querbauwerke darstellen.

Der BUND ist deshalb der Auffassung, dass die negativen ökologischen Auswirkungen der kleinen Wasserkraft ihren Nutzen für eine klimaneutrale Energieerzeugung bei Weitem übersteigen. Andere Optionen sind ein Vielfaches effektiver. Deshalb ist der Gewässerökologie und dem Naturschutz Vorrang einzuräumen. Die Anforderungen an Kleinwasserkraftanlagen haben wir in einem Positionspapier formuliert.

www.bund-nrw.de/wasserkraft



Landtagswahl 2022: Kommt die ökologische Wende?



© Dirk Jansen

Während des Wahlkampfs und der Koalitionsverhandlungen im letzten Jahr haben wir als BUND uns deutlich vernehmbar eingemischt. Ob mit Großdemos und Aktionen zur Verkehrswende und dem Kohleausstieg, ob mit Bilanzen und Forderungspapieren oder mit Pressekonferenzen und in Gesprächen mit der Politik – "Zukunft wählen" war unser viel beachtetes Motto.

Der Rückblick auf fünf Jahre Schwarz-Gelb zeigte, dass diese Landesregierung keine Lösungen für die zentralen ökologischen Herausforderungen gefunden hatte. Weder der Klimakrise noch der Biodiversitätskrise wurde wirksam begegnet – im Gegenteil, sie wurden verschärft. Beispielhaft dafür mag die strikte Ablehnung unserer Volksinitiative Artenvielfalt NRW oder das Festklammern an der Braunkohle sein.

Schafft NRW einen ökologischen Aufbruch, der die Grenzen des Wachstums akzeptiert, unsere Lebensgrundlagen sichert und mehr soziale Gerechtigkeit schafft? Diese Leitfrage stand bei uns im Mittelpunkt. Neben der Energie- und Mobilitätswende waren zentrale Forderungen ein starker Natur- und Gewässerschutz, weniger Ressourcenverbrauch, die Wohnungsbauwende und eine sowohl tier- als auch umweltgerechte Landwirtschaft.

Wichtige Akzente zur sozial-ökologischen Transformation konnten wir gemeinsam mit dem NRW-Landesverband des Sozialverband Deutschland (SoVD) setzen. Beiden Kooperationspartnern ist klar: Soziales und Ökologisches gehören untrennbar zusammen. Klimaschutz ist und bleibt auch eine Gerechtigkeitsfrage. Gerade in den Sektoren Wohnen und Mobilität wird das besonders deutlich.

Auch der Landesverband Erneuerbare Energien (LEE) war und ist ein wichtiger Kooperations- und auch Diskussionspartner. Während der Koalitionsverhandlungen haben wir unisono einen schnellen Kohleausstieg und den Schwenk hin zum naturverträglichen Ausbau der Nutzung von Wind und Sonne gefordert.

Der Koalitionsvertrag zwischen der CDU und Bündnis 90/Die Grünen konnte indes die hohen Erwartungen nicht erfüllen. Insbesondere dem Schutz der Biodiversität soll noch immer nicht genügend Aufmerksamkeit geschenkt werden. Für den BUND ist deshalb klar: Wir werden auch unter Schwarz-Grün eine starke Stimme für mehr Umwelt- und Naturschutz sein!

www.bund-nrw.de/landtagswahl2022



© B. Braun

Basisdemokratisch, ehrenamtlich, unabhängig

Als BUND Landesverband NRW sind wir rechtlich eigenständig, agieren aber zusammen mit den 15 anderen Landesverbänden unter dem Dach unseres Bundesverbandes und sind auch international vernetzt im Umweltverbund Friends of the Earth. Mit unseren Orts-, Kreis- und Regionalgruppen sind wir im ganzen Land eine starke Stimme für den Natur- und Umweltschutz. Die Landesdelegiertenversammlung (LDV) ist unser höchstes beschlussfassendes Gremium. Sie tagt in der Regel einmal im Jahr, beschließt den Haushalt, legt die Schwerpunkte und Grundsatz-Positionen fest und wählt die ehrenamtlichen Verbandsfunktionäre und -funktionärinnen. Die Kreisgruppen, die BUNDjugend und die Facharbeitskreise entsenden in die LDV ihre Delegierten. Zwischen der LDV tagt das Kreisgruppenforum, in das alle Gruppen Vertreter*innen entsenden. Das ist Basisdemokratie im besten Sinne.

Mitgliederbasis stärken

Dank der überwiegenden Finanzierung durch Mitgliedsbeiträge ist der BUND eine unabhängige Kraft. Jedes Mitglied stärkt unsere Arbeit. Durch aktive Mitgliederwerbung versuchen wir, diese Basis auszubauen. Nach

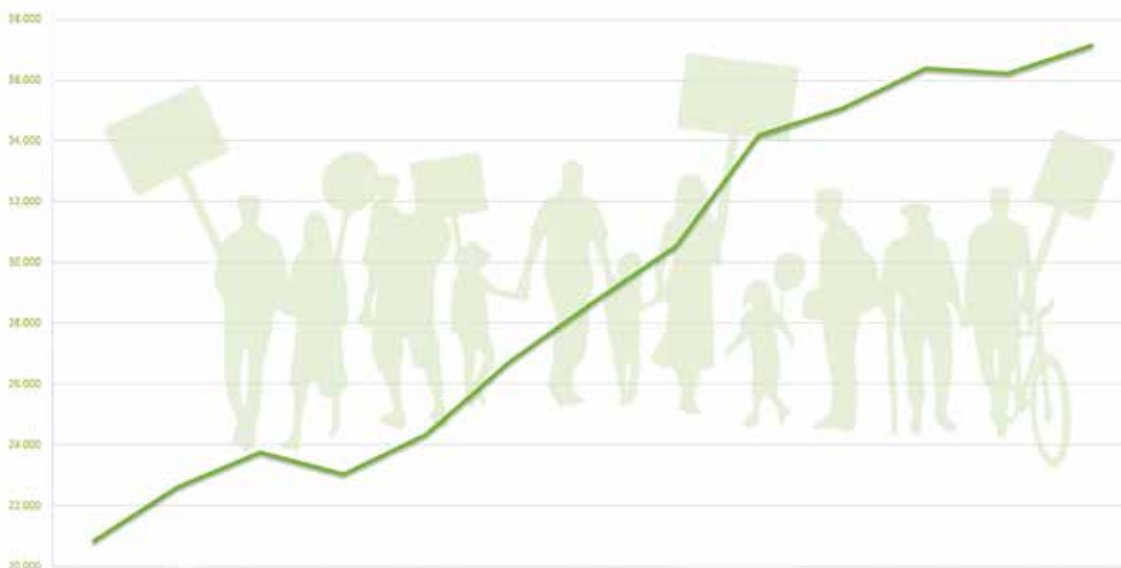
einer durch die Coronaepidemie bedingten Stagnation entwickelt sich jetzt wieder ein erfreuliches Mitgliederwachstum. So bleibt der BUND eine starke Gemeinschaft, die gemeinsam für den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen eintritt.

Denn der Natur- und Umweltschutz lebt vom Mitmachen. Ob für kurze Zeit, über viele Jahre hinweg, daheim im Münsterland, Ruhrgebiet, Siegerland oder anderswo in NRW, direkt vor der eigenen Haustür oder auf Landesebene: Gemeinsam mit anderen etwas anzustoßen, sich einzumischen, und versuchen, Dinge zum Besseren zu verändern, ist eine erfüllende Aufgabe. Ehrenamtlich, meinungsfreudig, politisch unabhängig und oft mit großer Beharrlichkeit leisten BUND-Aktive Tag für Tag einen unverzichtbaren Beitrag für unsere Umwelt.

Unsere Mitglieder sind das Fundament unserer Arbeit. Und die Herausforderungen nehmen immer weiter zu. In diesem Fall ist Wachstum nötig. Machen auch Sie mit und werden Sie Mitglied!

www.bund-nrw.de/mitglied-werden

Mitgliederentwicklung des BUND NRW 2010 bis 2022



Der BUND in Zahlen

Politische Unabhängigkeit setzt finanzielle Unabhängigkeit voraus. Die klare politische Linie des BUND in Nordrhein-Westfalen ist nur möglich, weil der Landesverband keine institutionelle Förderung erhält, im Kernbereich keine Projektmittel einsetzt und auf zweifelhafte Spenden verzichtet. Lediglich das in der Rechtsform einer GbR organisierte und damit selbstständige Landesbüro der Naturschutzverbände in Oberhausen – Träger der GbR sind neben dem BUND die LNU und der Nabu – erhält regelmäßige direkte Zuweisungen aus dem Landeshaushalt hauptsächlich für die Koordination der Stellungnahmen bei Beteiligungsverfahren.

Woher der BUND NRW seine Mittel erhält

Mehr als 1,9 Millionen Euro und somit knapp 70 Prozent der Gesamteinnahmen des BUND-Landesverbands NRW stammen aus Mitgliedsbeiträgen, Spenden, Erbschaften und Geldauflagen. Diese Einnahmen sichern die Unabhängigkeit des BUND und bilden die zentrale Basis für zukunftsorientierte Natur- und Umweltschutzarbeit auf hohem fachlichem Niveau, kontinuierliche qualifizierte Öffentlichkeitsarbeit und die Realisierung eigener innovativer Projekte.

Die Projektförderungen von knapp einem Fünftel der Einnahmen sind Drittmittel, die die Landesgeschäftsstelle, die BUNDzentren sowie die Kreis- und Orts-

gruppen des BUND NRW auf Basis von Projektanträgen zusätzlich zum Kernbetrieb für bestimmte konkrete Zwecke eingeworben haben.

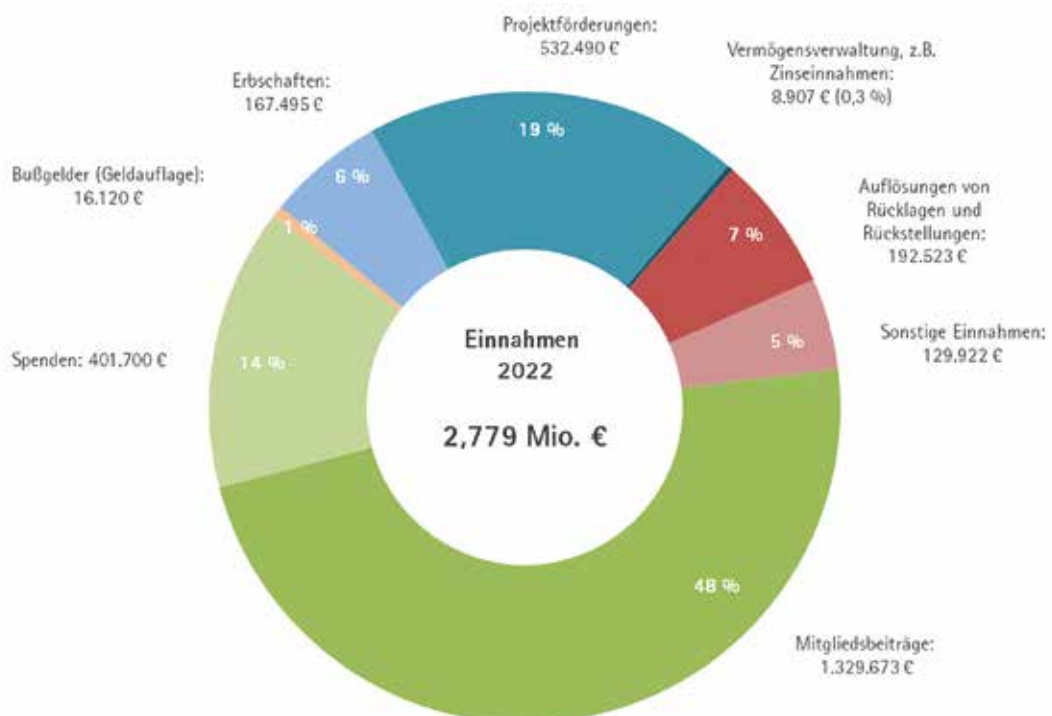
Rücklagen und Rückstellungen wurden in einer Summe von etwa 192 Tausend Euro für die dafür im einzelnen vorgesehenen Zwecke aufgelöst. Hinzu kommen noch Einnahmen aus Vermögensverwaltung und sonstige Einnahmen.

Wofür der BUND NRW seine Mittel einsetzt

Etwa 46,6 Prozent der gesamten Mittel kommen unmittelbar Natur und Umwelt zugute. Der BUND NRW verwendet sie für eigene Projekte, Fach- und Lobbyarbeit, Aktionen, Umweltbildung sowie Presse- und Öffentlichkeitsarbeit oder leitet sie direkt weiter an BUNDgruppen, BUNDzentren und BUNDjugend für deren umweltpolitische Arbeiten und Naturschutzaktivitäten vor Ort.

Die Mittel für die Unterstützung ehrenamtlich Aktiver beinhalten zum einen die Erstattungen der Auslagen der vielen ehrenamtlichen Aktiven und Gremien, in denen ein Großteil der Facharbeit des Verbandes stattfindet. Hinzu kommen die Kosten für die Begleitung und Zuarbeit durch die Landesgeschäftsstelle.

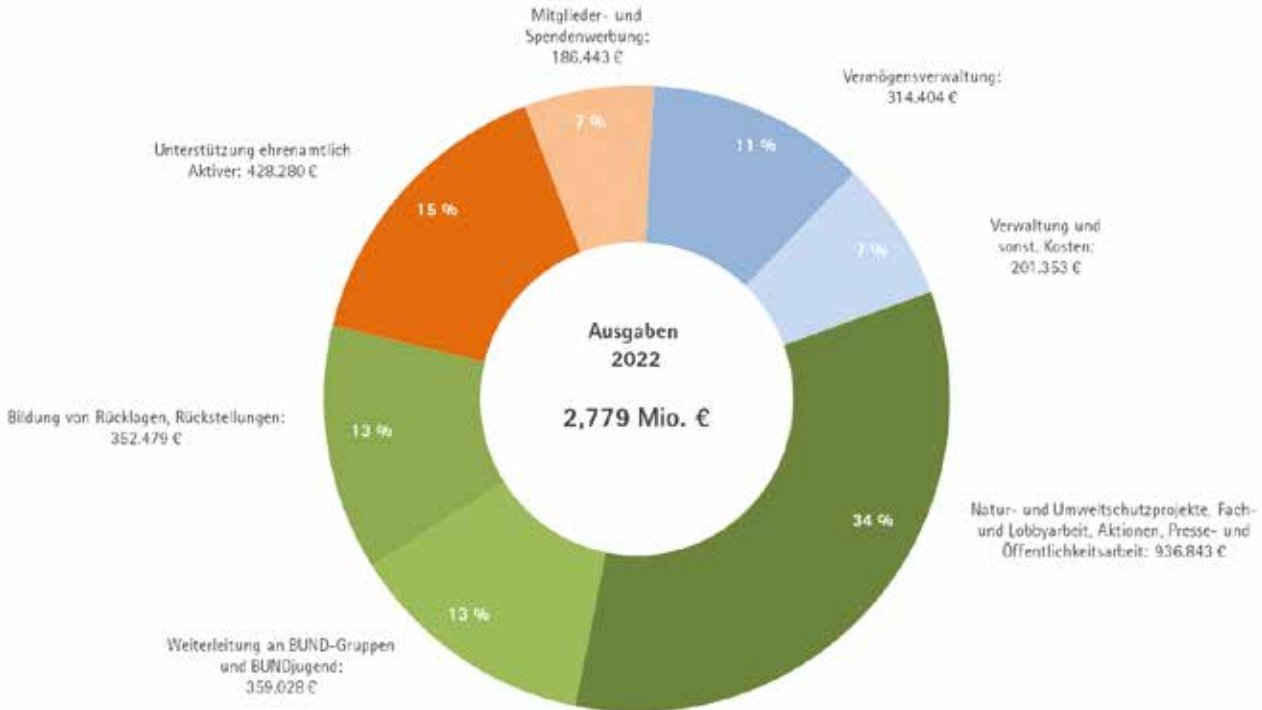
Der BUND setzt rund 6,7 Prozent seiner Mittel für die Akquise von Spenden und für die Werbung neuer Mit-



glieder ein. Die Kosten der Vermögensverwaltung liegen in diesem Jahr mit 11,3 Prozent außergewöhnlich hoch, da der Landesverband ein größeres Darlehen an das BUND-Bildungszentrum und Jugendgästehaus Marienhof in Hagen gegeben hat. Die Verwaltungs- und son-

stigen Kosten liegen bei 7,2 Prozent.

Es wurden Rücklagen und Rückstellungen über etwa 352 Tausend Euro gebildet, mit denen Projekte in der Zukunft umgesetzt werden.



BUND NRW Naturschutzstiftung

Geeignete Lebensräume und Verbundachsen für Tiere und Pflanzen zu erhalten oder wieder zu entwickeln, ist in unserer intensiv genutzten Landschaft sehr schwierig. Deshalb sichert die BUND NRW Naturschutzstiftung schützenswerte Flächen und schützt sie damit dauerhaft. In 2022 kamen rund sieben Hektar dazu, so dass das gesamte Flächeneigentum am Ende des Jahres bei etwa 115 Hektar lag. Die Bilanzsumme der Stiftung stieg auf EUR 2.753.933,11; Grundstücke machen davon EUR 2.212.991,79 aus.

In Bergisch Gladbach im Rheinisch-Bergischen Kreis erhielt die Stiftung eine 2.537 qm große Waldparzelle sowie eine 3.201 qm große Streuobstwiese als Spende. Die Kreisgruppe Rhein-Berg bewirtschaftet die Streuobstwiese bereits seit vielen Jahren.

In der Projektkulisse der Obstblütenlandschaft Bornheim im Rhein-Sieg-Kreis konnte die Stiftung mit Förderung der NRW-Stiftung eine 4.275 qm große Fläche erwerben. Eine weitere 2.117 qm große Waldfläche wurde mit einer Spende zusammen mit einem Legatanteil erworben.

In Langenfeld-Wiescheid im Kreis Mettmann wurde eine rd. 2,2 ha großen Waldfläche auf der Bergischen

Heideterrasse an die Stiftung gespendet. Geplant sind hier Maßnahmen zur Wiedervernässung der dortigen moorigen Standorte.

In Wiederstein im Kreis Siegen-Wittgenstein erhielt die Stiftung einen halben Anteil einer Wiesenfläche im Naturschutzgebiet Hellertalau von 2.318 qm als Spende.

Mit ELER-Förderung hat die Stiftung einen alten Steinbruch mit umliegendem Wald im Süden von Dortmund erworben. Die Fläche hat eine Größe von etwa 2,7 ha und ist wegen der dort vorkommenden Geburtshelferkröte besonders wertvoll.

In Alfter im Rhein-Sieg-Kreis wurde eine gut 400 qm große Fläche an die Stiftung gespendet.

Und schließlich hat die Stiftung als Spende ein 5.771 qm großes Grundstück im NSG Himmelgeister Rheinbogen in Düsseldorf erhalten.

www.bund-nrw.de/bund-nrw-naturschutzstiftung





BUND-Mitgliederwerbung

Aus dem Verband – für den Verband! Unter dem Motto werben BUND-Gruppen neue Mitglieder. Besonders erfolgreich dabei ist seit vielen Jahren die BUND-Ortsgruppe Lemgo. Auch in 2022 war sie mit 34 direkt geworbenen Mitgliedern bundesweit die Nr. 1. Wir gratulieren!

Erfolgreich unterstützt werden die Gruppen von der verbandseigenen BUNDconnect GmbH. Als wahre Überzeugungstäter*innen informieren deren Mitarbeitende in unseren Städten über den BUND und verbreitern unsere Mitgliederbasis. Denn nur gemeinsam sind wir stark!

www.bund.net/gruppen-werben



Mit Ihrer BUND-Mitgliedschaft:

- setzen Sie sich für den Erhalt der Artenvielfalt und Biodiversität, für konsequenten Insektenschutz und Pestizidverbot, sowie für gesunde und gentechnikfreie Lebensmittel ein;
- stärken Sie die Bürgerinteressen in der Umweltpolitik, die der Verein dank des Verbandsklagerechts vertreten kann;
- sind Sie Teil des größten unabhängigen Nachhaltigkeitsverbands in Deutschland mit eigenem wissenschaftlichen Beirat;
- helfen Sie für den Antrieb der Mobilitätswende, den Ausbau erneuerbarer Energien und eine ökologische Landwirtschaft ohne Massentierhaltung;
- profitieren Sie von generationsübergreifender Umweltbildung und erhalten Tipps für ein naturverbundenes Leben;
- fordern Sie das Verbot giftiger Stoffe in Textilien oder Spielzeug;
- unterstützen Sie – gemeinsam mit der BUNDjugend – die Arbeit in starken Bündnissen für gerechteren Klimaschutz.

www.bund-nrw.de/mitglied-werden



Verbandsklagen: Der BUND als Anwalt der Natur



© Dirk Jansen

Ob Genehmigungsverfahren von Braunkohlentagebauen, von Kohlekraftwerken oder Abfalldeponien, ob Befreiungen vom Landschaftsschutz, Straßenbaugenehmigungen oder verweigerter Herausgaben von Umweltinformationen – als einem nach dem Landesnaturschutzgesetz und dem Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz anerkanntem Naturschutzverband stehen dem BUND in Nordrhein-Westfalen bestimmte Beteiligungs- und Klagerechte zu, die andere Vereine nicht haben.

Dabei geht einer Klage immer eine arbeitsintensive vorherige Beteiligung in den Genehmigungsverfahren voraus. Pro Jahr landen etwa 1.000 (!) neue Verfahren auf dem Tisch unserer (meist) ehrenamtlichen Bearbeiter*innen vor Ort. Sie erarbeiten fachlich fundierte Stellungnahmen zu den Plänen und Projekten, bringen Verbesserungsvorschläge oder Alternativen vor. Alle diese Verfahren koordiniert seit 1982 das ‚Landesbüro der Naturschutzverbände‘ in Oberhausen, das wir gemeinsam mit den Naturschutzvereinen LNU und NABU betreiben. Auch für die Behörden und Vorhabens-träger ist das Landesbüro der zentrale Ansprechpartner. Damit kommt der Einrichtung eine herausragende Bündelungsfunktion zu.

In den wenigsten Verfahren kommt es dann auch zu einer Auseinandersetzung vor Gericht. Der BUND arbeitet immer zuerst auf einvernehmliche Lösungen zugunsten der Natur hin. Scheitern solche, bleibt in ausgewählten Fällen nur der Klageweg. Dabei sind unsere Klagen überproportional erfolgreich.

Nicht immer sind unsere Klagen so spektakulär wie die gegen den Tagebau Hambach oder die Kohlekraftwerke Datteln und Lünen. Auch unter dem Radar der breiten Öffentlichkeit spielen sich viele Verstöße gegen das Umweltrecht ab.

Sechs neue Verbandsklagen kamen in 2022 dazu:

- Gewässerschutz: Das Land NRW setzt die EU-Wasserrahmenrichtlinie unzureichend um.
- Talbrücke Büschergrund der BAB A 45: Der Ersatzneubau wurde ohne die erforderliche Umweltverträglichkeitsprüfung(UVP) genehmigt.
- Bebauungsplan der Stadt Herne: Die Stadt hat Hausbau innerhalb eines Landschaftsschutzgebietes genehmigt.
- Generalerneuerung BAB 3 Sankt Augustin: Das Fernstraßenbundesamt genehmigte die Gesamtinstandsetzung trotz massiver Eingriffe in die Natur als „Fall unwesentlicher Bedeutung“ ohne UVP.
- Burghof Siebengebirge: Der Ausbau einer alten Ruine zu einer Ferienanlage im FFH-Gebiet verstößt gegen das Naturschutzrecht.
- Veranstaltungen im Landschaftsschutzgebiet. Verschiedene Veranstaltungen auf der Rheininsel Grafenwerth gefährden das Landschaftsschutzgebiet und das angrenzende FFH-Gebiet.

www.bund-nrw.de/verbandsklagen

Erfolgsgeschichte: BUNDzentren in NRW



© Marienhof

Für BUND-Gruppen, die mit eigenen Liegenschaften und Gebäuden dauerhaft betreuungsintensive und wachsende Aufgaben übernommen haben, gibt es seit 2016 die verbandsinterne Auszeichnung und Unterstützung als BUNDzentrum. Ziel ist es, die flächenhafte Präsenz des BUND zu stärken und hierüber gesellschaftlichen Wandel zu befördern. Denn der ehrenamtliche Natur- und Umweltschutz ist der Schlüssel, wenn es beispielsweise darum geht, Nachhaltigkeit in allen Lebensbereichen zu implementieren oder den Schwund von biologischer Vielfalt und Artenkenntnis aufzuhalten.

Die fünf BUND-Gruppen Hagen, Köln, Rhein-Sieg, Herten und Soest haben bisher diesen Weg gewählt und bilden ein Netzwerk aus Einrichtungen für den Naturschutz und die Umweltbildung.

Die Kreisgruppe Hagen betreibt gemeinsam mit der BUNDjugend NRW das als „Einrichtung der Bildung für nachhaltige Entwicklung in Nordrhein-Westfalen“ (BNE) zertifizierte BUND-Bildungszentrum Marienhof. In dem Gebäudekomplex und auf den umliegenden Wiesen, Gärten, Wäldern und einer Bachaue werden vielfältige Seminare, Workshops und Freizeiten im Rahmen der Bildung für nachhaltige Entwicklung angeboten und umgesetzt.

Der BUND-Naturerlebnisgarten Herten ist bereits seit 1998 als Erfahrungsort für Umweltbildung und Bildung für nachhaltige Entwicklung etabliert. Er besteht aus einem Seminarhaus und einem 18.000 Quadratmeter großen Außengelände mit interessanten Erfahrungsbereichen. Im Jahre 2017 eröffneten Sigrun Zobel

und Sabine Liedtke dort die erste BUND-Kräuterschule Deutschlands.

Schwerpunkt der Arbeit des BUND-Zentrums Köln ist der Erhalt der biologischen Vielfalt. Für mehr als 10 verschiedene Gebiete – von der kleinen Grünanlage bis hin zum 40 Hektar großen Naturschutzgebiet – werden Naturschutzpläne erstellt und umgesetzt, Monitoring und Umweltbildung durchgeführt.

Das BUND-Zentrum Rhein-Sieg betreut Naturschutzflächen in der Größenordnung von insgesamt rund 200 Hektar – zum Beispiel in Bornheim, im Siebengebirge oder im Naafbachtal. Auch der Betrieb des Regionalen Wiesen- und Weidenzentrums, der Wildvogelhilfe Rhein-Sieg und des BUND-Umweltbusses zählen zum umfangreichen Aufgabengebiet.

Die BUND-Naturoase Soest pflegt und „bespielt“ ein großes und artenreiches Gartengelände. Dieses ist als außerschulischer Lernort und „grünes Klassenzimmer“ ein beliebtes Ziel von Schulen und Kindergärten. Für Erwachsene gibt es ein umfangreiches Seminarangebot unter anderem zum ökologischen Gärtnern, zum Obstbaumschnitt und zur Botanik, außerdem die Pflanzentauschbörse.

www.bund-nrw.de/bund-zentren



Herzlichen Dank

Zahlreiche Spenderinnen und Spender haben uns im vergangenen Jahr unterstützt – neben den vielen ehrenamtlich Aktiven, die unsere Projekte mit viel Herzblut begleiten und voranbringen.

Diese Hilfe ermöglicht es uns, unabhängig, nachhaltig und kontinuierlich für den Natur- und Umweltschutz einzutreten.

Dankbar sind wir auch all jenen, die den BUND NRW mit einer Erbschaft oder einem Vermächtnis bedacht haben.

Ihr Vertrauen und Ihre Spenden sind die Voraussetzung für unsere Erfolge. Bitte helfen Sie uns auch weiterhin!

www.bund-nrw.de/spenden

Spenden sind steuerabzugsfähig. Erbschaften und Vermächtnisse sind von der Erbschaftssteuer befreit.

IMPRESSUM

Herausgeber: Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V., Merowingerstr. 88, 40225 Düsseldorf, Tel.: 0211/302005-0, e-Mail: bund.nrw@bund.net • **V.i.S.d.P.:** Holger Sticht, Landesvorsitzender • **Redaktion & Gestaltung:** Dirk Jansen • **Vereinsregister:** Düsseldorf, Nr. 5463 • **Steuernummer:** 106/5740/1393 • **Druck:** TIAMAT, Düsseldorf • © BUND NRW e.V., Düsseldorf, August 2023

Herzlicher Dank auch an alle in Verband und Landesgeschäftsstelle, die zu diesem Jahresbericht beigetragen haben!

Natur und Umwelt brauchen Schutz! Werde Mitglied!

www.bund-nrw.de/mitglied-werden

Oder unterstütze
unsere Arbeit mit
einer Spende.

BUND-Spendenkonto:

Bank für Sozialwirtschaft
GmbH Köln

IBAN: DE26 3702 0500 0008 2047 00

BIC: BFSWDE33XXX

Folgen: facebook.com/bund.nrw

Mögen: twitter.com/bund_nrw

Informieren: www.bund-nrw.de